

Buchbesprechungen zu

Schurkenstaat und Staatsterrorismus

Die Konturen einer militärischen Globalisierung

1. Buchbesprechung von Roman Gutsch, akin, 4.5.2004.
2. Buchbesprechung in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift 2/2008.
3. Österreichische Forschungsstiftung für internationale Entwicklung, online.
4. Buchbesprechung von Werner Ruf, in: Schulheft Nr. 117/2005, Studienverlag.
5. Rezension von Martin Singe, Friedensforum, Bonn, Nr. 4/2005.
6. AFB-Info (Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn), Bonn, 1/2004.
7. Portal für Politikwissenschaft, pw-portal.de.
8. Die Presse, Spektrum Seite IV, Dolores Bauer, 19. Juli 2003.
9. Wiener Zeitung, Seite 2, Dr. Rainer Mayerhofer, 9. Juli 2003, Seite 2.
10. Wiener Zeitung, Präventivkriege sind illegal, 7. Juli 2003.
11. Die Furche, Mag. Wolfgang Machreich, 23. Juli 2003, Seite 4.

1.

Spätestens seit dem Krieg der USA und ihrer künftig wohl variierenden „Allianz der Willigen“ gegen den Irak sind die Umrisse einer militärischen Globalisierung sichtbar. Der Sammelband „Schurkenstaat und Staatsterrorismus“, der auf den Beiträgen der ReferentInnen der 20. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktforschung basiert, zieht diese Konturen nach.

Das US-amerikanische Konzept der „Schurkenstaaten“ ist integraler Bestandteil des Übergangs der Vereinigten Staaten von einer hegemonialen zu einer neoimperialen Außenpolitik. So beschäftigt sich der erste von den insgesamt fünf Abschnitten des Bandes mit den „Schurkenstaaten in der künftigen neuen Weltordnung“.

Hans Graf von Sponeck, ehemaliger Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad, beschäftigt sich mit der „Tragödie eines gewonnenen Krieges, aber verlorenen Friedens“. Seine Vorschläge für eine Ordnung im Irak präsentiert er vor dem Hintergrund der politischen Versäumnisse und Fehler, die in der Zeitspanne zwischen dem zweiten und dritten Irak-Krieg begangen wurden. Er verurteilt scharf die Sanktionspolitik der internationalen Gemeinschaft, die seiner Ansicht nach einer „Massenvernichtungswaffe“ gleichkam und katastrophale humanitäre Folgen in dem einstigen Schwellenland Irak zeitigte. In seinem Ausblick hinsichtlich den Chancen einer stabilen Entwicklung des Iraks nach Diktatur und Krieg zeigt er sich wenig optimistisch. Eine Reform der UNO sei unumgänglich, damit sie mit „wirklicher Autorität“ in den Nachkriegsprozess eingebunden werden kann. Dabei will er vor allem ein Europa in die Pflicht nehmen, das die unilaterale Haltung der USA mit „weicher Macht“, mit „Investitionen in die menschliche Sicherheit“ ausgleicht.

Der Kasseler Friedensforscher Peter Strutynski vertritt die Auffassung, dass für die Regierenden in Washington Bagdad nur ein „Zwischenaufenthalt“ ist, eine Station,

wenn auch eine wichtige, im Rahmen einer allgemeinen „Weltbeherrschungsstrategie“ der USA. Diese geopolitische Strategie, zum Zweck der Ausbreitung des US-amerikanischen Modells eines marktradikalen Neoimperialismus greift auf eine Konzeption zurück, die bereits im Zweiten Weltkrieg unter dem Namen „Grand Area Planning“ entworfen wurde. Mit Grand Area sind jene strategischen Zentren gemeint, die beherrscht werden müssen, um die Welt zu kontrollieren. Dass die USA dieses Ziel verstärkt mit militärischen Mitteln verfolgt, resultiert aus den veränderten Voraussetzungen des Imperialismus im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung. Unter Rückgriff auf den marxistischen Autor David Harvey beschreibt Strutyński das gegenwärtige Akkumulationsregime als einen Prozess gigantischer Enteignung: da für die Aneignung fossiler und mineralischer Rohstoffe die territoriale Kontrolle vonnöten ist, wird es vermehrt zu selektiven „Eroberungen“ kommen.

Militärische Aspekte der Kriegsführung im Dritten Golfkrieg thematisiert Lutz Unterseher in seinem Beitrag „Schurken unter sich: die USA im Kampf mit dem Bösen“. Die Einreihung der Vereinigten Staaten in die Kategorie „Schurkenstaat“ erscheint ihm zwar vollkommen korrekt, aber nicht sonderlich originell. In seiner Analyse kommt der Autor zu einem bemerkenswerten Resultat, das mit der Politik des permanenten Krieges korrespondiert: er wurde „von vornherein im Lichte seiner Wiederholbarkeit geführt“. In der Vergangenheit waren für die USA materialintensive, systematische Militäreinsätze typisch. Der Angriff auf den Irak dagegen zählt zu den wenigen Ausnahmen eines improvisierten Blitzkrieges in der Geschichte der USA. Der geringe zeitliche Abstand von Luft- und Bodenoffensive und ein Truppenkontingent, das äußerst bescheiden dimensioniert war, sind Indizien dafür, dass eine Form der Invasion erprobt wurde, deren Mitteleinsatz Kriegsführung in kürzeren Abständen ermöglicht.

Für eine Friedensforschung, die sich mit Gegenentwürfen zur Gewaltpolitik der Bush-Administration in die europäische Debatte einbringt, plädiert der ÖSFK-Präsident Gerald Mader in seiner in den Sammelband aufgenommenen Eröffnungsrede der 20. Sommerakademie. Europa soll eine „Machtpolitik durch den Rechtsstaat“ und keine militärische Machtpolitik praktizieren, es soll sich für Kant und gegen Hobbes entscheiden.

Thomas Roithner vom ÖSFK, der den Band redaktionell betreute, diskutiert die transatlantischen Beziehungen und die möglichen Entwicklungen der Europäischen Union angesichts des Vorgehens der USA im Bereich der Außen- und Militärpolitik nach dem 11.9.2001. eine „global destabilisierende Machtkonzentration zwischen den USA und der EU“. Dabei schätzt er trotz der Konflikte um die Militärhegemonie nicht zuletzt aufgrund der „gemeinsamen Werte“ die Gefahr einer Auseinandersetzung als wenig realistisch ein, vielmehr erwartet er „eine Aufteilung von Einflusszonen (...) unter Berücksichtigung regionaler Hegemoniestaaten“.

*

Der zweite Abschnitt behandelt den Militärschlag gegen den Irak, der als Krieg der Postmoderne charakterisiert wird, in seinen Folgen auf Völkerrecht, Medien und Ökologie.

Der Völkerrechtsexperte Franz Leidenmühler konstatiert, dass mit dem

„Krieg gegen den Terror“ und der damit verbundenen „präventiven Selbstverteidigung“ der „Kern der Verfassung der Staatengemeinschaft, das Gewaltverbot der UN-Charta, in Frage gestellt“ wird. Für die ignorante Haltung der USA gegenüber der Völkerrechtsordnung sei die veränderte weltpolitische Machtverteilung nach Ende der Bipolarität verantwortlich. Notwendig sei das Ausbalancieren der Vereinigten Staaten durch ein Europa „als Friedensmacht, die im Rahmen der Herrschaft des Rechts agiert“. Andernfalls werde dem internationalen Rechtssystem durch die rechtswidrige Sicherheitsdoktrin der USA die Basis entzogen.

Heinz Loquai belegt vorwiegend anhand der Berichterstattung in Deutschland im Vorfeld des Kosovo-Konflikts, dass Medien in Kriegen die Funktion einer „Teilstreitkraft im Rahmen der Gesamtkriegführung“ einnehmen, Staatspropaganda betreiben, als vierte Gewalt versagen. Er konzentriert er sich auf den Medienkrieg als Vorkrieg, der „die Korrumpierung der Sprache und des Denkens“ zum Ziel hat. Damit das übliche mediale Propagandamenü (Dramatisierung der Gefahr, Bestialisierung des Feindes usw.) bei den Kriegen des dritten Jahrtausends noch einfacher aufgetischt werden kann, hat die US-Regierung das Konzept der „Einbettung“ entwickelt, d.h. die Integration von JournalistInnen in Truppenteile vorgenommen.

Die Umweltfolgen, die durch die Fähigkeit und den Willen entstehen, jederzeit Krieg führen zu können, bezeichnet Knut Krusewitz als „militärökologische Zyklen“. Dieser Begriff umfasst nicht nur die Umweltkriegsführung und deren Folgen im engeren Sinn (Einsatz von umweltverändernden Techniken), sondern auch weitere umweltrelevante Militärdaten wie die ökologischen Begleiterscheinungen der Planung und Übung von Kriegen, der Militärforschung usw. In der „Militarisierung des globalen Umweltwandels“ sieht Krusewitz den Versuch des kapitalistischen Westens, nicht sich, also die „Umwelttäter“, sondern die Umweltschäden ihrer Politik im Süden zum Risiko zu stilisieren. Anstelle der aus ökologischer Sicht notwendigen „Entmilitarisierung der globalen Umwelt“ erfolgt so im Interesse permanenter Kriegsbereitschaft die „Ausdehnung militärischer Sicherheits- und Einsatzgebiete“. Es folgt eine knappe Einführung in das umweltbezogene Kriegsvölkerrecht.

*

Die religiöse Aufladung des Konflikts zwischen dem transnationalen Terrornetzwerk Al Qaida und der USA ist Thema des Beiträges des dritten Abschnittes. Sie beschäftigen sich mit dem ambivalenten Verhältnis des Religiösen zur Gewalt und stellen dem „Kampf der Kulturen“ aus christlicher Perspektive eine Kultur der Gewaltfreiheit entgegen.

Hildegard Goss-Mayr hebt hervor, dass die großen Weltreligionen Antworten auf Gewaltregime waren, und dass im Christentum trotz der augustianischen Lehre vom Bellum iustum pazifistische, an der Bergpredigt orientierte Strömungen immer Einfluss hatten. Dies belegt sie durch eine Reihe von Beispielen, nicht zuletzt durch die Tätigkeit des Internationalen Versöhnungsbundes, deren Ehrenpräsidentin sie ist.

Religiöse Gewaltbereitschaft sinkt, so der evangelische Oberkirchenrat Michael Bünker, wenn der dualistischen Auffassung von einem finalen Kampf zwischen Gut und Böse widerstanden wird und stattdessen Feindesliebe als Ausdruck der Fähigkeit zum Pluralismus praktiziert wird. Um Religionen von ihrem Gewaltpotential zu befreien, sei „der kritische Umgang mit den eigenen Grundlagen“ wichtig, d.h. mit den heiligen Schriften.

*

Der Zusammenhang von Krieg und Globalisierung wird im vierten Teil des Sammelbandes von Jörg Huffschmid und Elmar Altvater beleuchtet.

Internationale Expansion ist eine Grundtendenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die Ursache, die hinter dem Expansionsstreben steht, ist aber nicht der Drang nach optimaler internationaler Arbeitsteilung, sondern der Druck, Krisenerscheinungen aufgrund fehlender Nachfrage abzuschwächen. Dass die ökonomische Expansion zum Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend militärisch abgesichert und verfolgt wird, führt der Wirtschaftswissenschaftler Huffschmid auf die Probleme der Weltwirtschaft zurück (z. B. das Platzen der Spekulationsblase). Der aggressive Export, das künstliche Aufblähen der Finanzmärkte soll daher durch eine binnenmarktorientierte Strategie abgelöst werden. Dazu bedarf es allerdings einer Korrektur der Verteilungsverhältnisse in den kapitalistischen Zentren.

Elmar Altvater argumentiert, dass die Absicherung der Dollardominanz für die USA ein gewichtiger Grund gewesen sei, gegen Afghanistan und den Irak Krieg zu führen. Die Entwicklung hin zu einem bipolaren Währungssystem, konkret: die Konkurrenz durch den Euro, wirft die Frage auf: „Was passiert, wenn der Ölpreis nicht mehr in US-Dollar fakturiert wird?“ Da die USA ein chronisches Leistungsbilanzdefizit aufweist, wären die Auswirkungen auf ihre Volkswirtschaft verheerend, wenn sie Öl nicht mehr in der eigenen Währung bezahlen könnten. Um den Zugang zu den Ölressourcen zu sichern, bedarf es eben nicht nur der strategischen Kontrolle der Regionen, der Fördermengen, der Transportrouten, sondern auch der Bestimmung der Währung, in der der Preis abgerechnet wird. Vor diesem Hintergrund wurde die „Währungspolitik (...) mit Apache-Hubschraubern und Cruise Missiles“ notwendig. Altvater plädiert dafür, dass die Eurozone den Fehdehandschuh nicht aufhebt und riskiert, dass sich die Währungskonkurrenz zu einem Währungskrieg steigert, „zumal es eine Alternative gibt. Diese heißt: Entwicklung der solaren Energie“, die nunmehr auch friedenspolitisch Sinn macht.

Im abschließenden Kapitel, das mit dem Slogan der globalisierungskritischen Bewegung „Eine andere Welt ist möglich“ betitelt ist, beleuchten sodann drei Autoren die Rolle und die Strukturen des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen den globalen Krieg.

Die unter neoliberalen Vorzeichen stehende Globalisierung „hat ihre eigene Kritik und Opposition globalisiert, schreibt Wolfgang Greif, der

internationaler Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten ist. Im Widerstand gegen die „zunehmende politische Kalkulation mit militärischer Intervention und Krieg“ kommen den nationalen, kontinentalen und globalen Sozialforen eine besondere Bedeutung zu. Sie fordern das neoliberale Deutungsmonopol heraus ohne jedoch einen ultimativen „Masterplan für den Weg in die neue Gesellschaft“ vorzulegen. Ein Hauptaugenmerk legt Greif in seinem Beitrag auf das Verhältnis von neuer Sozial- und Protestbewegung und den Gewerkschaften. Spannungsreiche Differenzen ergeben sich nach Einschätzung des Gewerkschaftlers aufgrund des unterschiedlichen Organisationsverständnisses und aufgrund der unterschiedlichen Nähe zum politischen Establishment.

Waren die Proteste gegen den Irak-Krieg, die im globalen Protesttag vom 15. Februar 2003 ihren Höhepunkt fanden, Auftakt zu einer Revitalisierung der in den 90er Jahren weitgehend brach gelegenen Friedensbewegung? Oder handelte es sich bei ihnen um eine punktuelle Mobilisierung durch die globalisierungskritische Bewegung, die entstand, weil verschiedenste Faktoren - u.a. gemeinsame Problemanalyse mit der Friedensbewegung, Provokation durch die arrogante „Kaltschäuzigkeit“ der Bush-Administration - eine optimale Gelegenheit schufen? Mit dieser Frage setzt sich Lutz Schrader in seinem Beitrag auseinander. Gestützt auf bewegungssoziologische Forschungsergebnisse lotet er drei Dimensionen sozialer Bewegungen aus: Leitbild und Ziele, Organisations- und Aktionsformen, Durchsetzungsfähigkeit und Gelegenheitsstrukturen.

Eine Grundentscheidung, die von jeder Bewegung getroffen werden muss, ist, ob sie gewaltfrei handeln möchte oder nicht. Für den Vorsitzenden der Österreichischen Friedensdienste, Pete Hämmerle, ist diese Entscheidung allerdings keine taktische, denn aktive Gewaltfreiheit ist im Unterschied zu Gewaltlosigkeit moralischen Ursprungs. Ehe die Erfahrungen mit den Methoden der Gewaltfreiheit in unterschiedlichen Anwendungsbereichen dargestellt werden, wird der typische Eskalationsverlauf gewaltfreier Aktionen nachgezeichnet, die den Dialog immer als Ausgangspunkt haben müssen. Während im Widerstand gegen autoritäre Regime und im Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Besatzung viele positive Beispiele zu nennen sind, haben gewaltfreie Aktionen gegen Kriege und Militarismus im größeren Ausmaß bislang wenig ausrichten können.

Resümierend kann festgehalten werden, dass der Sammelband ein breites Themenspektrum abdeckt, auch wenn er nicht die Konturen aller Aspekte der militärischen Globalisierung nachzeichnet (so bleibt zum Beispiel ein feministischer Zugang außen vor). Das Meinungsspektrum der Beiträge ist hingegen weniger breit. Kontroverse Vorschläge, Alternativentwürfe für die Position, welche die EU einnehmen, die Entwicklung, die sie favorisieren soll, sind in diesem Band nicht anzutreffen. Europa soll, so der einheitliche Tenor, eine zivile Gegenmacht zu der von der USA geprägten militärischen Globalisierung werden.

Roman Gutsch

Quelle: akin-Pressedienst. akin – aktuelle informationen, Dienstag, 4. Mai 2004

2.

Die Hintergründe und Perspektiven des Krieges der USA und der „Allianz der Willigen“ gegen den Irak werden in diesem Band von 16 Experten aus Wissenschaft, Politik, Kirchen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Spitzendiplomatie beleuchtet. Die US-Doktrin des „permanenten Krieges“ wird am Fall des Irakkrieges thematisiert und politisch, militärisch sowie völkerrechtlich kritisch betrachtet.

Im Teil 1 wird die Situation im Irak in den 90er-Jahren bis zum Krieg 2003 und nach dem Krieg beschrieben und das Verhältnis USA – EU beleuchtet. Neoimperialismus im Zeitalter der Globalisierung und militärische Hegemonie im transatlantischen Streit sind weitere Diskussionsthemen.

Im zweiten Teil wird der Bogen der Diskussion über die Zukunft des Völkerrechts im Zeitalter des Krieges gegen den Terrorismus über die Medien bis zur Umweltpolitik gespannt. Hierbei wird die Rolle der Medien als Weichensteller für einen Krieg ausführlich dargestellt. In einem eigenen Teil wird der umstrittenen These vom Kampf der Kulturen eine Kultur der Gewaltfreiheit – speziell aus religiöser Sicht – entgegengestellt.

Ein zentraler Bereich des Buches ist der ökonomischen Analyse gewidmet. Die Beziehungen von neoimperialer Außenpolitik und neoliberaler Wirtschaftspolitik werden untersucht. Besonders wird der Frage nachgegangen, was passieren würde, wenn der Ölpreis nicht mehr in Dollar fakturiert würde. Im Teil 5 werden die Möglichkeiten des Widerstands gegen einen globalen Krieg ausgelotet. Nach Meinung der Autoren unterschied sich der Irakkrieg in der öffentlichen Debatte von anderen Krieg durch die Rolle des zivilgesellschaftlichen Widerstands. Er wird der Dynamik des Prozesses der neuen sozialen Foren zugeschrieben, dass weltweit Millionen Menschen gleichzeitig gegen den Krieg demonstriert haben.

Die Analysen zum Irakkrieg und die beigefügten Lösungsvorschläge entstanden während der 20. Internationalen Sommerakademie im Juli 2003 am Österreichischen Studienforschungszentrum für Frieden und Konfliktlösung auf der Burg Schlaining. Zweifellos bieten die Aufsätze einige interessante Diskussionsbeiträge, deren Wert nur durch eine insgesamt anti-US-amerikanische Grundausrichtung mit deutlich ideologisch eingefärbter Sprache vermindert ist. Das Buch kann für jene, die sich mit „linken“ Positionen auseinandersetzen haben, empfohlen werden.

Rezension: W.J. Unger

Quelle:

Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 2/2005, März/April 2005, XLIII. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Seite 281.

3.

Key words: *Irak; USA; Terrorismus; Gewalt; Außenpolitischer Konflikt; Gewaltökonomie; Ideologie; Kriminalität; Sicherheitspolitik; Terror; Außenpolitik; Länderrisikoanalyse; Militärische Zusammenarbeit; Militärpolitik; Rüstungskontrolle; Krieg; Weltkrieg; Aggression; Feindbild; Frieden; Gewaltökonomie; Intervention; Konflikt; Strategie; Taktik; Militärpolitik; Sanktion; Blockade; Embargo; Internationale Beziehungen; Multilaterale Beziehungen; Weltordnung; Globalisierung; Interdependenz; Internationales Regime; Verhaltenskodex; Weltwirtschaftsordnung; Politische Lage; Diktatur; Autoritäre Herrschaft; Militärherrschaft; Völkerrecht; Internationales Regime; Öffentliches Recht; Staatshoheit; Staatsrecht; Kulturwandel; Kulturkontakt; Wertewandel; Zivilgesellschaft; Demokratisierung; Menschenrechte; Menschenrechtsarbeit; Nichtstaatliche Organisation; Partizipation; Selbsthilfeorganisation; Soziale Akteure; Soziale Bewegung*

Die AutorInnen diskutieren die Fragen einer künftigen Weltordnung nach dem Irak-Krieg in Zeiten einer militärischen Globalisierung. Dabei werden politische, militärische, völkerrechtliche, mediale, ökologische, ökonomische und religiöse Aspekte der US-Doktrin des „permanenten Krieges“ insbesondere in der Zeitspanne zwischen den beiden Irak-Kriegen (1990-2003) thematisiert. Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Prozess der sozialen Foren werden dabei besonders hervorgehoben.

ÖFSE SIG: 08285/44

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Thomas Roithner (HrsgIn): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung, (Dialog: Beiträge zur Friedensforschung Nr. 44), Münster: Agenda-Verlag, 2004, 239 Seiten

Quelle: Österreichische Forschungsstiftung für internationale Entwicklung, Wien, http://www.oefse.at/bibliothek/neuzugaenge/novi_text0504.htm

4.

Wer sich von diesem Band endlich eine brauchbare und operationalisierbare Definition des Begriffes „Schurkenstaat“ erwartet, muss enttäuscht werden. Aber wie könnte dies auch anders sein, handelt es sich doch um einen moralisierenden politischen Kampfbegriff, der als willkürliche Zuschreibung genutzt wird, um die scheinbare Berechtigung für militärischen Interventionismus zu rechtfertigen. Nicht zuletzt wird diesem Begriff der „Staatsterrorismus“ entgegengestellt, der auf extra-legales staatliches Handeln zielt. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die Beiträge zu diesem Band, der die Vorträge während der Sommerakademie des Jahres 2004 auf der Burg Stadtschlaining, inzwischen eine friedenspolitische Institution, der größeren Öffentlichkeit zugänglich macht.

Dabei ist der thematische Bogen weit gespannt: Aktualitätsbezogen wird im 1. Teil des Bandes eine fundierte Kritik des Krieges der USA und ihrer Koalition der Willigen gegen den Irak entfaltet: von Sponeck analysiert Grundzüge der US-Außenpolitik, vor allem aber die Kontinuitäten der Kriegspolitik gegen den Irak seit 1991. Nach Beiträgen von Strutynski und Unterseher, die Praxis und Rechtfertigungsversuche einer neo-imperialen Ordnung untersuchen, schließt dieser erste Teil mit einer Analyse des (neuen) Spannungsverhältnisses zwischen den USA und der EU von Mader und Roithner, der Perspektiven für eine konkrete Friedenspolitik und die Handlungsmöglichkeiten der Neutralen in der EU entwickelt.

Teil 2 des Bandes behandelt auf den ersten Blick disparat erscheinende Aspekte wie die Entwicklung des Völkerrechts angesichts des Anspruchs auf „präemptive Intervention“ (Leidenmühler), die Rolle der Medien für die Herstellung der Akzeptanz von Kriegen (Loquai) und den Zusammenhang zwischen Kriegsbereitschaft, Umweltfolgen, Kriegsvölkerrecht und Nachhaltigkeit (Krusewitz). Der 3. Teil thematisiert den „Kampf der Kulturen“, der schon ganze Bibliotheken füllt. Originell sind in dieser Debatte das Plädoyer von Goss-Mayr für eine auf dem gemeinsamen Wert des Friedens basierende Kooperation der UN und des Weltkirchenrats unter Einschluss führender Repräsentanten des Islam zur Schaffung einer „Kultur der Gewaltfreiheit“ und die theologische Begründung für Strategien zur Überwindung von Gewalt von Bünker.

Teil 4 behandelt den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Krieg, wobei die Untersuchung der „Ordnungsfunktion“ des Militärs im Zeitalter des Neo-Liberalismus im Vordergrund steht (Huffs Schmid), und Altvater die harten Rivalitäten herausarbeitet, die sich auf der Währungskonkurrenz zwischen \$ und € ergeben. Die hier entfaltenen Thesen liefern Gründe, das Verhalten Frankreichs und Deutschlands im Sicherheitsrat neu zu überdenken, und stoßen eine Debatte an, die mehr Licht in die neue Welt-Unordnung zu bringen vermag als die Analyse des offiziellen politischen Diskurses. Der Band schließt mit einem 5. Teil, der Alternativen zu dieser Unordnung denkt. Untersucht werden aus dieser Perspektive: der Beitrag der Sozialforen (Greif), die Rolle der weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg (Schrader) und die Möglichkeiten gewaltfreien Handelns in Konflikten (Hämmerle).

Gemeinsam ist diesem Band der pluridisziplinäre Versuch, die Ursachen der zunehmend in Unordnung geratenden Welt zu untersuchen, eine Entwicklung, die

nicht mit den Anschlägen des 11. September begann, sondern auf das Ende der Bipolarität zurückzuführen ist (Leidenmühler). Die sich ausbreitende „Schurkerei“ in den internationalen Beziehungen erscheint als notwendige Folge der neoliberalen Globalisierung. Alle Beiträge sind dadurch charakterisiert, dass sie aus der jeweiligen thematischen, vor allem aber disziplinären Sicht Perspektiven zu entwickeln versuchen, wie Wege aus der Gewalt gefunden werden können und wo die sozialen und politischen Akteure für eine friedlichere Gestaltung der Welt verortet werden können. Und hierfür gibt es in der Tat, von den UN über die Religionen, die neuen sozialen Bewegung, die Entstehung eines weltweiten Problembewusstseins bis hin zu den neutralen Staaten in der EU mehr Ansätze als auf den ersten Blick zu vermuten wäre.

Der Gewinn dieses Bandes für den friedenspolitischen Leser/die Leserin liegt gerade im breiten Spektrum der Beiträge, die von der Analyse der Konfliktursachen bis zu Strategien zur Eindämmung von Gewalt und Krieg und zur Bekämpfung von deren Ursachen reichen. Für die dringend notwendige Durchsetzung einer an Recht, Menschenwürde und Nachhaltigkeit orientierten Politik bedarf es radikaler Bestandsaufnahmen, wie sie in diesem Band geleistet werden.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner: Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung, Agenda Verlag, Münster 2004, Reihe „Dialog. Beiträge zur Friedensforschung“, Bd. 44, 238 S., € 24,--.

Rezension: Prof. Dr. Werner Ruf

Quelle: Schulheft Nr. 117/2005, Zwei Steinen einer Medaille. Informationen zu Aufrüstung und Sozialabbau, Studienverlag, Innsbruck, Seite 113 – 115.

5.

Schurkenstaat und Staatsterrorismus – Buchbesprechung

Thomas Roithner vom Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung hat das Buch „Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung“ 2004 im agenda-Verlag, Münster, herausgegeben. Es handelt sich um die Dokumentation der Sommerakademie 2003 des Studienzentrums. In fünf Teilen werden die aktuellen Probleme militärpolitischer und ökonomischer Art, wie sie sich vor allem nach dem 11.9.2001 stellen, beleuchtet.

Besonders hervorzuheben ist aus dem einleitenden analytischen Teil 1 „Die Schurkenstaaten in der künftigen neuen Weltordnung“ der Aufsatz von Thomas Roithner „Global Cop - Der transatlantische Streit um die Militärhegemonie“. Hier werden sowohl die neuesten Entwicklungen der EU-Militarisierung als auch der US-Militärpolitik analysiert und bewertet sowie mögliche Trends ausgelotet. Zu befürchten sei, dass Europa und die USA künftig im Hinblick auf weltweite Rohstoffausbeutung (Wer ist zuerst am Kaukasus?) und Gewinnung von Absatzmärkten stärker zu konkurrierenden Kräften werden könnten. Diese Konkurrenz findet militärpolitischen Ausdruck in den forcierten Aufstellungen von NRF (NATO Response Force) und ERF (European Rapid Response Force).

In Teil 2 - „Der Krieg der Postmoderne“ - geht Franz Leidenmühler einleitend auf die „neuen“ Kriege ein, die das Völkerrecht hinter sich gelassen haben, wie der Untertitel seines Aufsatzes verdeutlicht: „Vom Gewaltverbot zu Präemptivschlägen und Anti-Terror-Interventionen“. Leidenmühler findet es besonders bedenklich, dass die UNO-Resolution zur Irak-Besatzung (1483) keine Verurteilung des Angriffskrieges enthält, und somit praktisch neuem Völkergewohnheitsrecht in Richtung präventiver Kriege die Bahn bricht.

Nach dem 3. Teil „Kampf der Kulturen“, in dem vor allem die Rolle der Religionen im Kontext von Gewalt/Gewaltfreiheit untersucht wird, gehen im 4. Teil Jörg Huffschmid und Elmar Altvater näher auf die aktuellen ökonomischen Veränderungen ein. Huffschmids Eingangsthese verdeutlicht die hohe Verantwortung, die gegenwärtig der Friedensbewegung bzw. den sozialen Bewegungen insgesamt zukommt: „Die aggressive Form der Globalisierung entwickelt sich unter Druck zunehmend in Richtung militärischer Aggressivität nach außen und zunehmend autoritärer Sicherung nach innen. Andererseits können sozialer Widerstand und politischer Gegendruck dazu führen, dass Kriege verhindert und demokratische Strukturen gesichert und ausgebaut werden.“ (167) In einer demokratischen Wirtschaftspolitik sieht Huffschmid den „Kern der Alternativen zu neoliberaler Globalisierung“. Umverteilung von oben nach unten und eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik seien die Hebel, um eine demokratische Neuorientierung der Ökonomie in den kapitalistischen Zentren zu erreichen.

Im Schlusskapitel „Eine andere Welt ist möglich - Die neuen Strukturen des Widerstands gegen den globalen Krieg“ gehen Wolfgang Greif und Lutz Schrader vor allem auf die Entwicklung der europäischen und globalen Sozialforen und den weltweiten Widerstand gegen den Irak-Krieg ein. Neben alternativer konzeptioneller

Arbeit müsse es in der nationalen wie in der transnationalen Kampagnenarbeit darum gehen, „die Regierungen immer wieder mit sichtbarer öffentlicher Gegenmacht zu konfrontieren und zur Veränderung ihrer Politik zu zwingen“ (Schrader, 221). In der Friedensbewegung müsse vor allem präziser ausgearbeitet werden, wie gewaltfreie Konfliktprävention zu verstehen und umzusetzen sei. „Dann könnte wachsen, wofür Massenproteste bestenfalls die Saat legen können: nachhaltiges zivilgesellschaftliches Wirken für friedliche Konfliktlösung“ (222).

Insgesamt ein sehr empfehlenswertes Buch! (240 Seiten; ISBN: 3-89688-205-8; 24,-- Euro)

Rezension: Martin Singe, Grundrechtskomitee

Quelle:

Netzwerk Friedenskooperative, Network of the German Peace Movement (Eds.): Friedensforum. Zeitschrift für Friedensbewegung, Nr. 4/2005, Bonn.

6.

Das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) hat unter dem Titel: „Schurkenstaat und Staatsterrorismus – Die Konturen einer militärischen Globalisierung“ eine neue Publikation herausgegeben. Der Inhalt des Buches besteht aus verschiedenen Teilen mit wechselnden AutorInnen. Im ersten Teil geht es um den Umgang mit den sog. „Schurkenstaaten“ in der künftigen Weltordnung, unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Irak und um den transatlantischen Streit bezüglich einer Militärhegemonie. Der zweite Teil enthält eine Untersuchung der Kriege in der Postmoderne, wobei das Völkerrecht sowie die Rolle der Medien und die Umweltpolitik auf dem Prüfstand stehen. Der dritte Teil widmet sich dem Spannungsverhältnis von Religion und Gewalt und geht der Frage nach, in wie weit durch Religion Annäherung an eine Kultur der Gewaltfreiheit möglich sind. Im vierten und fünften Teil schließlich werden das Verhältnis von Ökonomie und Krieg sowie die Dynamik globaler Sozialforen und anderer sozialer Bewegungen analysiert.

Quelle: AFB-Info, Nr. 1/2004, Seite 26. [Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), Peace Research Information Unit Bonn (PRIUB)]

7.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.) Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung. Projektleitung und Redaktion: Thomas Roithner. Lektorat: Wilhelm Nolte, Münster: agenda Verlag 2004 (agenda Frieden 46; Dialog 44); 238 S.; 24,- €; ISBN 3-89688-205-8

Die Aufsatzsammlung geht auf die 20. Internationale Sommerakademie im Juli 2003 zurück. Ausgehend vom aktuellen Anlass des Irak-Krieges analysieren die Autoren die Entwicklungen, innerhalb derer Bagdad selbst nur ein „Zwischenaufenthalt“ in der „geostrategische[n] Orientierung der Vereinigten Staaten für das 21. Jahrhundert“ (32) sei. Neben den politisch-militärischen kommen auch völkerrechtliche, mediale, ökologische und ökonomische sowie letztlich religiöse Phänomene in einzelnen Beiträgen zur Sprache. Insgesamt wird eine „militärische Globalisierung“ konstatiert und es wird schnell klar, welches Land mit dem Begriff „Schurkenstaat“ aus Sicht der meisten Autoren gemeint ist. Aus dem Inhalt: I. Die Schurkenstaaten in der künftigen neuen Weltordnung Hans Graf von Sponeck: Die Ordnung im Irak nach Sanktionen, Diktatur und Krieg (11-28) Peter Strutynski: Zwischenaufenthalt Bagdad: Kriege im Zeitalter des Neoimperialismus (29-48) Lutz Unterseher: Schurken unter sich: Die USA im Kampf mit dem Bösen (49-59) Gerald Mader: Konturen einer militärischen Globalisierung (60-67) Thomas Roithner: Global Cop - Der transatlantische Streit um die Militärhegemonie (68-93) II. Der Krieg der Postmoderne: Völkerrecht, Medien und Umweltpolitik auf dem Prüfstand der neuen Weltfriedensordnung Franz Leidenmühler: ‚Neue‘ Kriege und die Zukunft des Völkerrechts: Vom Gewaltverbot zu Präemptivschlägen und Anti-Terror-Interventionen (94-106) Heinz Loquai: Medien als Weichensteller zum Krieg (107-124) Knut Krusewitz: Umweltfolgen permanenter Kriegsbereitschaft - Beziehungen zwischen militärökologischen Zyklen, Kriegsvölkerrecht und Sustainability (125-142) III. „Kampf der Kulturen“ vs. Kulturen der Gewaltfreiheit Hildegard Goss-Mayr: Annäherung an eine Kultur der Gewaltfreiheit durch Religion (143-159) Michael Bünker: Religion oder Gewalt - Ein Blick auf die dunkle Seite (160-166) IV. Ökonomie und Krieg - Die globale Neuordnung durch Wirtschaft und Militär? Jörg Huffs Schmid: Neoliberalismus, Gewalt und Krieg - Zusammenhänge und Alternativen (167-177) Elmar Altvater: Von der Währungskonkurrenz zum Währungskrieg: Was passiert, wenn der Ölpreis nicht mehr in US-Dollar fakturiert wird? (178-194) V. Eine andere Welt ist möglich - Die neuen Strukturen des Widerstands gegen den globalen Krieg Wolfgang Greif: Von Porto Alegre über Florenz und Hallein nach Paris. Die emanzipatorische Dynamik globaler und europäischer Sozialforen (195-205) Lutz Schrader: Spontane Mobilisierung oder neue soziale Bewegung? Die weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg (206-224) Pete Hämmerle: Gewaltfreies Handeln in gesellschaftlich-politischen Konflikten (225-234)

Florian Peter Kühn (KÜ)

M. A., M. P. S., wiss. Mitarbeiter, Institut für Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg.

Empfohlene Zitierweise: Florian Peter Kühn, Rezension zu: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung. Projektleitung und Redaktion: Thomas Roithner. Lektorat: Wilhelm Nolte, Münster 2004, in: Portal für Politikwissenschaft, http://www.pw-portal.de/index.php?option=com_lqm&query=6&Itemid=2&task=showresults&ID_Buch_Link=25188 abgerufen am 01.02.2013.

Fortsetzung von Seite III

Maßes, die die ohnehin nicht eben beverteilte Region rund um den See wirtschaftlich wie gesundheitlich ins Elend stürzt.

Freilich: Wer zählt die Theorien, nennt all die Wissenschaftler, die schon mit der ultimativen Erklärung für das scheinbar so mysteriöse Geschehen zur Stelle waren. Sind die ippigen Bewässerungsentnahmen am vorzeitigen Versiegen der Flüsse schuld, die ihrerseits wiederum erst das Überleben der für Usbekistan unverzichtbaren Baumwollproduktion sichern? Oder hat sich gar der Aralsee tektonisch ein wenig in die Höhe geschoben, während sein Großseen-Pendant am Kaukasus ein Stückchen tiefer sank?

Faktum sind jedenfalls hunderte Kilometer immer wieder gebohrter Bewässerungskanäle, die den Autofahrer auf usbekischen Straßen so regelmäßig begleiten wie die Maulbeerbäume für die Seidenraupenzucht. Faktum ist, dass es nicht ohne Folgen bleiben kann, wenn etwa im Land um Chiwa jedes Feld in jedem Frühjahr mehrmals unter Wasser gesetzt werden muss, um den Boden anbaufähig zu entsalzen. Woher das Wasser kommt? Aus dem Amudarja. Wohin es geht? In eigens angelegte Salzwasser-Entsorgungsreservoirs in der Wüste. Den Rest erklärt der Hausverstand.

JÜRGEN HAT NOCH EINEN WEITEN Weg vor sich. Eben am Taschkenter Flughafen angekommen, muss er, es ist drei Uhr morgens, ins Auto wechseln, über die tadschikische Grenze fahren, um wieder ein Flugzeug zu erreichen, das ihn an seinen derzeitigen Wohnort, in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe, bringt.

Trotz so kurioser Komplikationen kehrt Jürgen, Mitarbeiter einer deutschen Hilfsorganisation, gern zurück. Bei seinem kurzen Heimaturlaub sei ihm das bayrische Zuhause ziemlich fremd erschienen, obwohl er doch erst einige wenige Jahre mit seiner Familie hier, in Mittelasien, lebe. „Aber wissen Sie, die sozialen Kontakte, das Verhältnis von Mensch zu Mensch, diese grundsätzliche

Wahrheit, die *„obshchuschtschina“*, an das geht einem ziemlich ab, wenn man es plötzlich nicht mehr spürt – wie bei mir daheim, in Deutschland.“ Dennoch, wenn seine beiden Kinder ins Schulalter kommen, wird er wieder nach Deutschland gehen, einfach der besseren Ausbildungsmöglichkeiten wegen. „Aber ich weiß schon heute, dass mir etwas fehlen wird.“

DAS KAMEL TROTTET IM KREIS. Immer und immer wieder. Und es wird morgen im Kreis trotten und wie gestern im Kreis getrotet ist und wie es übermorgen im Kreis trotten wird, wird darauf warten, dass sich irgendein neugieriger Tourist auf seinen deckenbedeckten Rücken schwingt, und dann wird es das, was es sonst auch tut, nun eben mit einer Last auf dem Rücken tun: im Kreis trotten, mitten im Zentrum der alten Seidenstraßen-Stadt Chiwa. Entwicklung? Gibt es hier nicht. Und falls doch einmal, dann nicht zum Besseren. Hoffnung? Die liegt in einem fernen, unerreichbaren Reich irgendwo jenseits der Grenzen.

„Ein Land mit einer großen Vergangenheit hat auch eine große Zukunft“, lässt uns Islam Karimow kalenderblattklug in der nahen Zitadelle wissen. Und die Gegenwart? Die sitzt als ein alter Mann am Labi-Hauz, dem Herzplatz von Buchara, und bietet, einen sowjetischen Orden am Revers, Ansichtskarten feil, die niemand kaufen will. Oder sie webt als eine junge Frau dreivierteljahr lang an einem Seidentepich, der selbst in bester Touristenfallenge Samarkands keine 1000 Dollar einbringt.

Usbekistans Gegenwart sind freilich auch die kleinen, von den Anwohnern sorgsam mit gekalkten Steinen eingefassten Blumenbeete, die die Dorfstraßen flankieren, als hätte man in diesem Land nicht auch noch andere Sorgen als Dorfverschönerung. Usbekistans Gegenwart ist auch eine orientalische Lebenskunst, die in vielem an hiesige Erzählungen aus längst vergangenen Tagen und in nichts an unsere Gegenwart erinnert.

Mittelasien als Sehnsuchtsort des stress- und überflustraktierten Mitteleuropäers? Ein Stück Selbstbetrug, mag sein. Aber zumindest für ein paar Reisetage im Jahr wird man sich noch selbst betrügen dürfen. ■

Unter den Begriffen „Schurkenstaat und Staatsterrorismus“ stand die 20. Sommerakademie des „Österreichischen Studien-zentrums für Frieden und Konfliktlösung“, die kürzlich in der Burg Schläining im südlichen Burgenland abgehalten wurde. Etwa 450 überwiegend junge Teilnehmer waren registriert. Auch wenn nicht alle gleichzeitig anwesend waren, war der große Vortragsaal jeden Vormittag bis auf den letzten Platz gefüllt, und auch in den acht nachmittäglichen Workshops drängte man sich um die Sessel. Das rege Interesse an den Titel-Begriffen sollte nicht enttäuscht werden, denn was man in den vergangenen Monaten nur in vagen Andeutungen erfahren konnte, was leise oder hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen worden war, hier wurde es gesagt, die Lüge wurde Lüge genannt und die Manipulation Manipulation.

Schon in seiner Eröffnungssprache nannte der Hausherr, Gerald Mader, den Krieg der USA gegen den Irak „ein Lehrbeispiel, wie ein Krieg vorbereitet und gerechtfertigt wird“, und fügte hinzu: „Die USA haben diesen Krieg dank der enormen militär-technologischen Überlegenheit in kurzer Zeit gewonnen, aber sein politisches Ziel – den Irak zu einem Leuchtturm für Frieden und Sicherheit zu machen – offenbar verfehlt. Es ist eben leichter, einen Krieg zu gewinnen, als Frieden und Stabilität herzustellen.“

Dass dem so ist, das können wir tagtäglich durch die Medien erfahren: Die Zustände sind chaotisch, die Versorgung der Bevölkerung klappt hinten und vorne nicht, und die Angriffe auf die Besatzungsmächte USA und Großbritannien nehmen zu, da die Irakis offensichtlich nicht bereit sind, die fremden Truppen als Befreier zu begrüßen. Mader zitierte in diesem Zusammenhang Eric Hobsbawm, der da meinte: „Es gibt kaum etwas Gefährlicheres als ein Empire, das seine eigenen Interessen in dem Glauben verfolgt, damit der ganzen Menschheit einen Dienst zu erwählen.“

Diese Gefährlichkeit manifestierte sich, so Hobsbawm in der neuesten Ausgabe von „The Chronicle Review“, letztlich auch in der zunehmenden politischen Isolierung der USA, die sich nur noch von Furcht und nicht mehr von Hoffnung geleitet sehen.

In seinem Vortrag „Zwischenraumstaat Bagdad: Kriege im Zeitalter des Neomperialismus“ kam Peter Strutyński, Politikwissenschaftler und Friedensforscher aus Kasel, zu dem Schluss: „Allein dass die USA den Irakkrieg überhaupt führen zu müssen glauben, zeigt, dass dieser Krieg eine schwere politische Niederlage für die Vereinigten Staaten darstellt. Ihr politischer Einfluss entwickelt sich in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer militärischen Stärke. Das mag für manche ein Trost oder eine Genugtuung sein – es ist aber auch eine anhaltende Bedrohung für die Menschheit.“

Was aber im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Vorfangang gegen den Irak – der natürlich im Zentrum der Sommerakademie stand – vor allem wichtig ist, ist der Mut zurückzuschauen, denn ohne diese Rückschau, ohne eine gründliche Aufarbeitung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte hat der Irak keine Zukunftschance.

Das behauptete jedenfalls Hans Graf von Sponeck, der mehr als 30 Jahre für die Vereinten Nationen arbeitete und während der Zeit der Sanktionen nach dem ersten Irakkrieg, das „Oil-for-Food Programme“ der UN in Bagdad leitete. Auf die Frage, wann denn im Fall Saddam Hussein der Umschwung vom gebätschelten Freund zur Inkarnation des Bösen begonnen habe, meinte er: „Nach dem Einmarsch der Iraker in Kuwait hat die US-amerikanische Politik der Bestrafung begonnen. Die ganze Sanktionszeit, also 13 Jahre, eskalierte diese Bestra-

„Ich zittere um mein Land, wenn ich daran denke, dass Gott gerecht ist.“ Wie macht sich dieser Satz, 1808 von Thomas Jefferson geprägt, im Stammbuch George W. Bushs? Über „Schurkenstaaten“ und „Staatsterrorismus“.

Von Dolores Bauer

Und die Welt schaut zu

fung einer Bevölkerung. Es wurde ein Volk dafür bestraft, dass es seinen Diktator erdulden musste. Das ist eine schwer verständliche Logik, die aber zeigt, dass die USA einen Regimewechsel wollten, da sie in den Jahren 1990/91 feststellen mussten, dass dieser Saddam Hussein ein regionaler Hegemonialführer geworden war, der ihnen im Mittleren Osten Konkurrenz um die Energiequellen machte. Da gab es doch einmal diesen berühmten Satz eines amerikanischen Politikers: Saddam Hussein

ist ein Isarastad, aber er ist unser Bastard.“ Was Graf von Sponeck immer weniger versteht, ist die Tatsache, dass 13 der 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates nicht protestiert haben, als sich zeigte, dass die Folgen der durch die Amerikaner und Engländer eingeleiteten Sanktionspolitik sich derart verheerend auf die Bevölkerung auswirken begannen. „Der Sicherheitsrat hat ohne Frage seine Aufsichtspflicht verletzt. Er hat den Kopf in den Sand gesteckt. Menschenrechtsexperten haben bereits vor drei Jahren gesagt, dass im Fall des Irak alle Konventionen durch den Sicherheitsrat gebrochen worden sind. Das heißt, dass das Völkerrecht die ganze Zeit über und nicht erst durch den Krieg verletzt worden ist.“

Als Beispiel dafür führt Graf von Sponeck die eskalierende Kindersterblichkeit an. Starben am Beginn der Sanktionspolitik „nur“ 53 von 1000 Kindern unter fünf Jahren an den Folgen von Fehl- und Mangelernährung, so waren es vor Ausbruch des neuen Krieges schon 113 von 1000. Insgesamt sollen mehr als 500.000 Kinder Sanktionsopfer geworden sind. Mangel an Nahrung, an Medikamenten, an sauberem Trinkwasser waren und sind bis heute die häufigsten Todesursachen – und die Welt schaut zu.

„Thomas Jefferson hat im Jahre 1808 den Satz geprägt: ‚Ich zittere um mein Land, wenn ich daran denke, dass Gott gerecht ist.‘ Diesen Satz sollte man an die Wand über dem Fußende des Bettes von George W. Bush jun. in Leuchtschrift projizieren“, meint Graf von Sponeck, und die

Stimme des freundlichen Mannes klingt plötzlich bitter.

Was könnte, sollte, müsste Europa aus all dem lernen? Auch diese Frage stand immer wieder im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen in der alten Ritterburg, die seit 1982 das „Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung“ beherbergt. Eines der Ziele dieser Institution ist die Erforschung der Möglichkeiten, aus Europa eine Friedensmacht zu machen, die aus der blutigen und kriegerischen Vergangenheit gelernt hat und neue Wege zu beschreiten fähig ist. Aber statt auf diesen Wegen voranzuschreiten, geraten die Länder Europas immer tiefer in ein Dilemma der besonderen Art, wie Peter Strutyński betonte: „Ausgerechnet in einer Situation, wo in den Kernländern der Kriegsallianz die Legitimation für den Krieg mehr als je zuvor in Frage gestellt wird und das Ansehen des US-Imperiums in der Welt weiter im Sinken ist, begräbt Berlin und begraben auch Frankreich und Russland den Streit und blicken in neuer transatlantischer Verbundenheit nur noch ‚nach vorne‘. Es gibt da ein neues Dokument mentaler Unterwerfung unter die normative Kraft des Faktischen, das am 18. Juni der EU-Außenbeauftragte Javier Solana vorgelegt hat. Sein Papier ‚Ein sicheres Europa in einer besseren Welt‘ ist nichts anderes als ein Entwurf zu einer europäischen Militär- und Sicherheitsdoktrin, ein Novum für die EU, die schließlich als Wirtschaftsgemeinschaft und nicht als Militärbündnis ihre Erfolgsgeschichte begonnen hat. Wenn alles seinen Gang geht, ist anzunehmen, dass dieses Papier bis Ende des Jahres von der EU verabschiedet wird. Die starken Anklänge an die Nationale Sicherheitsstrategie der USA sind nicht zu übersehen. Dieselbe Bedrohungsanalyse – internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, das Problem der ‚gescheiterten Staaten‘ –, dieselbe Therapie – zum Handeln bereit sein, wenn irgendjemand gegen die Regeln verstößt – und dieselben Vorschläge für Maßnahmen: ‚Mehr Mittel für die Verteidigung, Zusammenlegung militärischer Kapazitäten, um eine Steigerung der militärischen Fähigkeiten zu erreichen.“

Zu dieser geplanten Militarisierung Europas.

die da in einigen Köpfe heranzuspucken scheint, findet ein Experte der ehemaligen deutsche Brigadegeneral Heinz Loquit scharfe Worte: „Das ist nichts anderes als eine Wiederbelebung des Krieges als Mittel der Politik, und das ist einfach absurd. Es schaut ja manchmal so aus, als müsste sich Europa auf einen Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten einlassen, was natürlich absurd ist. Ich glaube, dass die Europäer auf der Grundlage einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit, wie es in der Nachkriegsordnung festgeschrieben wurde, sich der eigenen Stärken bewusst werden müssten. Stärken, die in der europäischen Kultur, der europäischen Philosophie begründet liegen und darin, was Europa aus zwei schrecklichen Kriegen gelernt haben sollte: dass Krieg eben kein Mittel der Politik sein kann und sein darf. Die deutschen Politiker sollten wieder einmal die Präambel des Grundgesetzes und der Vereinten Nationen lesen, um wieder zur Besinnung zu kommen.“

Ja, wenn das, was beim EU-Gipfel in Thessaloniki befallig aufgenommen wurde, umgesetzt werden sollte, dann würde das Aufrüstung bedeuten und auch eine zunehmende Militarisierung Europas. Vielleicht sollte es eher der Ehrgeiz der europäischen Völker und Regierungen sein, zum Weltmeister in Sachen Sozialisierung, Solidarität und Ökologisierung heranzuwachsen und die Kraft für eine ethische Revolution zu entwickeln, die die Welt noch vor dem Absturz retten könnte.

In diesem Sinn wurde in Schläining auch den Friedensinitiativen und den neuen sozialen Bewegungen, den Themen Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit Raum gegeben. Hier wurden viele Konzepte dargelegt, die bereits heute weltweit zu greifen beginnen. Auch dank der neuen Medien kann es und kommt es zu immer stärkeren Vernetzungen von Gleichgesinnten rund um den Globus, die in dem Slogan von Porto Allegre münden: „Eine andere Welt ist möglich.“ Natürlich ist das noch keine – wie von den Medien nach den weltweiten Antikriegsdemonstrationen vom vergangenen Februar behauptet – neue Supermacht von unten, aber da ist etwas im Wachsen. Vielleicht ist das der positive Nebeneffekt dieses ebenso schlimmen wie sinnlosen Krieges: dass sich rund um den Globus Millionen Menschen, quer durch alle Religionen, Völker, Sprachen, Kulturen, auf einen neuen Weg machen, der herausfinden könnte aus der Sackgasse einer immer weiter eskalierenden Spirale der Gewalt. ■



Es ist eben leichter, einen Krieg zu gewinnen, als Frieden und Stabilität herzustellen. Basra, Irak.
[Foto: Dan Chung/ap]

Ex-Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad, Hans Graf von Sponeck:

Die Sanktionen wurden zur Massenvernichtungswaffe

Von Rainer Mayerhofer

Iraks Bevölkerung hatte seit 1990 unter einer Doppelbestrafung zu leiden: Auf der einen Seite unter der brutalen Diktatur Saddam Husseins und auf der anderen unter den Sanktionen, die der internationale Beitrag zum Leid waren und zur Massenvernichtungswaffe wurden, sagte Hans Graf von Sponeck, der frühere Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad in einem Vortrag vor der Sommerakademie des Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung in Burg Schlaining.

60 bis 75 Prozent der irakischen Bevölkerung waren laut Sponeck in den letzten Jahren arbeitslos, 60 Prozent auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen. 1990 starben 56 von 1000 Kindern unter 5 Jahren, 1999 waren es 131 und die Ursachen dafür waren fehlende

Medikamente, verschmutztes Wasser und Unterernährung. Zum Vergleich: In Österreich sterben vier von 1000 Kindern in der gleichen Altersgruppe.

Sponeck verurteilte die Falschinformationen, mit denen die Alliierten in ihren Ländern die

Kriegsstimmung gegen den Irak angeheizt haben und betonte, es sei einmalig, dass man ein Land vor dem Krieg schwächt und dann, wenn es schwach genug ist, angreift. Zur derzeitigen Lage im Irak meinte Sponeck, dass die US-Regierung vom Chaos profitiere, um länger im Land zu bleiben. Sponeck wünscht sich einen „Nürnberger Prozess“ für Bagdad, in dem nicht nur die Besiegten, sondern auch die Angreifer vor den Richtern stehen.

Ähnlich wie Sponeck argumentierten auch der Friedensforscher Peter Strutyński von

der Universität Kassel und der Militärsoziologe Lutz Unterseher. Der Krieg gegen den Irak sei durch Halbwahrheiten und Lügen vorbereitet worden, sagte Strutyński. Paul Wolfowitz, stellvertretender US-Verteidigungsminister habe zugegeben, man habe sich auf die Massenvernichtungswaffen konzentriert, weil sie der einzige Grund waren, dem jeder zustimmen konnte. Unterseher wies darauf hin, dass nach den etwa 20.000 Toten des Krieges den Nachkriegswirren im Irak derzeit täglich mehr Menschen zum Opfer fallen als seinerzeit der Diktatur von Saddam Hussein.

Sommerakademie Schlaining

Mader: Präventivkriege wie im Irak sind illegal

NR-Zeitung 7. Juni 2003

Der Irak-Krieg sei ein Lehrbeispiel, wie ein Krieg vorbereitet und gerechtfertigt werde, erklärte der Präsident des Friedenszentrums Burg Schlaining, Gerald Mader, gestern bei der Eröffnung der 20. Internationalen Sommerakademie.

„Der Krieg gegen den Irak wurde mit einer Lüge – den angeblichen Massenvernichtungswaffen, die sich inzwischen in Nichts aufgelöst haben – begründet“, sagte Mader. „Präventivkriege sind illegal. Die USA wollen aus diesem völkerrechtswidrigen Angriff jedoch eine neue Weltordnung

ableiten. Eine Weltordnung ohne Völkerrecht und Gewaltverbot, womit das Recht des Stärkeren zum internationalen Ordnungsprinzip erhoben würde.“

Abschließend sprach sich Mader für eine faire Partnerschaft mit der USA aus, aber ebenso für eine sicherheitspolitische Emanzipation. Eine „Leaderschaft“ der USA liege dann im gemeinsamen Interesse, wenn diese im Rahmen einer Internationalen Staatengemeinschaft erfolge. Die Bush-Administration verwechsle jedoch Leadership mit Gewaltpolitik. Wer diese Gewaltpolitik ablehne, sei kein Anti-Amerikaner, höchstens ein Anti-Bushist.

Medien: Gift für den Krieg?

Über die Rolle der Medien im Krieg debattieren Konfliktforscher Walter Feichtinger, Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell und die Journalistin Livia Klingl. Getroffen hat sich die Runde bei der Sommerakademie des Studienzentrums für Frieden- und Konfliktlösung auf Burg Schläining.

DIE FURCHE: Herr Feichtinger, wie gestaltet sich aus der Sicht eines Militärs die Zusammenarbeit zwischen Medien und Streitkräften im Krieg?

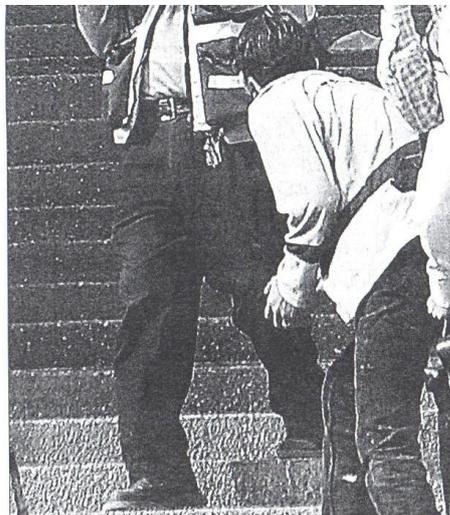
WALTER FEICHTINGER (LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN): Im Prinzip passen Kriegsführung und Berichterstattung nicht zusammen. Denn Medien sind Gift für die Kriegsführung. Medien müssen berichten. Streitkräften hingegen ist – schon aus Gründen der eigenen Sicherheit – sehr viel an Geheimhaltung gelegen. Aus Erfahrung weiß aber die militärische Seite, dass Medien im Krieg aus politischen Gründen nicht zu verhindern sind. Gegen die Medien ist heute kein Krieg mehr zu führen. Daher versucht die jeweilige Militärführung die Medien bestmöglich zu nutzen, sich ihrer zu bedienen und sie in die Kriegsführung und vor allem die eigene Strategie einzubinden. Das geschieht, indem eine gewisse, nicht zu große und vor allem nicht kriegsentscheidende Dosis an Information zugelassen wird.

LIVIA KLINGL (KURIER): Die Meinung, dass man einen Krieg nicht gegen die Medien führen kann, halte ich für vollkommen falsch. Als amerikanischer Präsident kann man möglicherweise keinen Krieg gegen die amerika-

nischen Medien führen. Aber das ist noch nicht getestet worden, weil die amerikanischen Medien äußerst patriotisch agieren – spätestens im Krieg. Aber die Fernsehstationen und Zeitungen in Europa waren im Fall des Irakkriegs keineswegs kriegsgeil – und dieser Krieg ist trotzdem geführt worden.

Fritz Hausjell (UNIVERSITÄT WIEN): Ich glaube nicht, dass Medien von Seiten des Militärs generell als Gift klassifiziert werden. Da würde man die ganze Kriegsberichterstattung auf den Kopf stellen. Bei einer solchen Analyse haben wir zu sehr Vietnam in Erinnerung. Im letzten Irak-Krieg – aber nicht nur dort – hatte das amerikanische Militär großes Interesse an Kriegsberichterstattung. Gerade durch die emphatischen Berichte der „embedded journalists“, der eingebetteten Journalisten, versuchten die Amerikaner, den Gegner zu beeindrucken. Auf der anderen Seite brauchen Militär und Politik die Medien, um Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu bekommen. Das Militär ist deshalb an einer bestimmten Medienberichterstattung sehr interessiert. Dass es zwischen Militär und Medien aber nicht immer nur ein harmonisches Verhältnis gibt, liegt hoffentlich an der Qualität des Journalismus.

Livia Klingl: Die amerikanischen Medien haben etwas gemacht, was ich für verboten halte. Sie haben die „eingebetteten Journalisten“ erfunden. Diese Kollegen sitzen in einem Panzer mit einer Handvoll Soldaten. Sie spüren dieselbe Angst, sie schwitzen, sie langweilen sich genauso – die Journalisten teilen alle Gefühle, die auch die Soldaten haben. Das führt natürlich zu einer ungläubi-



„Die Journalisten fühlen die gleiche Angst. Das führt zu Distanzlosigkeit.“ (Klingl)

chen Distanzlosigkeit – und das ist das Gegenteil von Journalismus.

HAUSJELL: Ich gehöre als Kommunikationswissenschaftler einer Disziplin an, die wesentlich mit Krieg zu tun hat. Denn die meisten zeitungswissenschaftlichen Institute in deutschsprachigen Raum sind Kinder des Krieges. Nach dem Ersten Weltkrieg war eine Vielzahl deutscher Politiker und Militärs der Meinung, dieser Krieg sei an der Heimatfront verloren gegangen. Die Propaganda der Alliierten hätte besser funktioniert als die eigene. Die Folge war eine Gründungswelle von zeitungswissenschaftlichen Institu-

ten. Diese Institute haben wiederum dazu beigetragen, dass eine Frühform der eingebetteten Journalisten im Zweiten Weltkrieg an der Front eingesetzt wurde.

FEICHTINGER: Der in die kämpfende Truppe eingebettete Journalist erhält eine genau definierte Informationsdosis vermittelt. Damit kann die Militärführung nicht nur die schädigende Wirkung von Journalisten ausschließen. Ganz im Gegenteil, durch die Einbettung der Berichtersteller lässt sich sogar ein positiver Effekt erzielen: Wenn der Journalist mit den Soldaten um sein Leben zittert, wenn er die gleiche Unbill erleiden

muss, wenn er das gleiche Informationsdefizit hat wie der Soldat – dann berichten sie ausschließlich darüber. Das sind genau die Puzelsteine, die sie sehen und fühlen.

KLINGL: Und dann bekommen drei Panzer, die im Sandsturm feststecken, eine Scheinbedeutung, die sie natürlich nie haben.

HAUSJELL: Die eingebetteten Journalisten basieren auf dem PR-Prinzip: schaffe Nähe, schaffe Vertrauen, schaffe Vorteile für Journalisten. Die danken es mit einer loyalen Berichterstattung. Schauen Sie sich den Reise- oder Motorjournalismus an: Der ist ja fast klinisch frei von jeglicher Kritik.

FEICHTINGER: Journalistische Schemata werden ohne Differenzierung über die unterschiedlichsten Ereignisse drüber gestülpt. Vom Krieg wird berichtet wie von der Formel 1, einem Schirennen oder dem Grubenunglück in Lassing. Medien tragen dazu bei, dass Krieg mehr und mehr zur alltäglichen Realität in den Köpfen der Zuseher und Leser wird.

HAUSJELL: Krieg findet ja auch in Medien nahezu täglich statt. Außenpolitische Berichterstattung ist zu 40 bis 60 Prozent Kriegsberichterstattung. Und Krieg

hat eine unglaublich hohe Affinität zu Medien. Krieg ist heute ein Event, das man entsprechend leicht journalistisch begleiten kann und das zu teilweise unglaublichen Quoten führt. Das US-amerikanische Magazin *Newsweek* hatte beim Golfkrieg 1991 bis zu 90 Prozent Auflagensteigerung gehabt. Und CNN hat sich überhaupt saniert. Insofern ist Krieg ein Geschäft für die Medien.

KLINGL: Dass Krieg ein Geschäft ist, das mag für amerikanische Fernsehstationen und Nachrichtenmagazine richtig sein. Für österreichische Zeitungen ist Krieg kein Geschäft. Krieg hat eine Faszination für ein paar Tage. Da steigt die Auflage massiv. Und dann muss man weiterhin intensiv berichten, um zu verhindern, dass die Auflage stark absackt. Aber es ist nicht mehr so wie vor ein paar Jahren, dass ein Krieg Zehntausende dazu bringt, die Zeitung zu lesen. Was auch logisch ist: Man hat Internet, man hat 36 oder mehr Fernsehkanäle...

HAUSJELL: Kriege sind zum Teil auch immer eine Niederlage für den Journalismus. Ein ökonomischer Sieg für wenige, aber für den Journalismus, der bemüht ist, aufzuklären, sind Kriege sehr häufig eine Niederlage.

FEICHTINGER: Westliche Gesellschaften leiden unter Realitätsverzerrung, Ungeduld, Reizüberflutung und Sensationslusternheit. Im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg 1999 habe ich einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel gelesen: „Ist heute Krieg oder Fußball?“ Man muss sich das verinnerlichen, dass hier für den Medienkonsumenten der Krieg mit dem Fußball gleichgestellt wird.

DIE FURCHE: Es gibt genug Journalisten, die in der Innenpolitik zu Zynikern werden. Wie verändern Kriege die Sichtweisen von Journalisten, die mitten drin im Kriegsgeschehen sind?

KLINGL: Ich kenne keine österreichischen Journalisten, die permanent im Krieg sind. Ich bin fast immer die einzige gewesen, die irgendwo in Kriegsgebieten getaucht ist. Die Medienlandschaft in Österreich kann es sich nicht leisten, Menschen vor Ort zu schicken. Das hat zur Folge, dass Kriegsjournalismus in Österreich darin besteht, dass Leute den ganzen Tag die Erlebnisse und Informationen Dritter weitergeben.

HAUSJELL: Es stellt sich ja auch die Frage, ob sich Kriegsberichterstattung lohnt? Meine Antwort: Es bringt überhaupt nichts außer hohem Risiko. Und man macht es wahrscheinlich, wenn man jung und naiv ist. All das, was man sonst im Journalismus leisten möchte – z.B. Hintergründe aufdecken – kann man nicht. Man kennt diese Gesellschaft nicht. Man kommt kurzfristig hin. Man hat keine Gewährsleute, keine Informanten. Andererseits hat Kriegsberichterstattung auch einen Sinn: Die inszenierte Befreiung einer amerikanischen Soldatin aus einem irakischen Krankenhaus,

wäre nicht aufgedeckt worden, wären nicht Journalisten dort gewesen. Wir wüssten nichts davon.

DIE FURCHE: Wäre diese aufdeckende Art von Kriegsberichterstattung der erste Schritt zu Friedensjournalismus?

HAUSJELL: Jede Kriegsberichterstattung könnte, auch wenn nach einem Krieg umfangreich berichtet wird, ein Stück Friedensjournalismus sein. Wieder an die Orte der Kriege hinfahren und zeigen, was Kriege langfristig an Katastrophe bedeuten.

KLINGL: Kriegsberichterstattung besteht für mich keineswegs ausschließlich darin, dass man militärischen Ereignissen breiten Raum gibt. Sonst bräuhete man sich ja nur die Pressekonferenzen der Militärsprecheranhören. Kriegsberichterstattung können aber sagen, schreiben, melden, dass sich die Leute im Kriegsgebiet fürchten. Als Kriegsberichterstatteerin kann ich verschiedene Varianten dieser begründeten Angst beschreiben. Dann ist man weg von der Propaganda, die das Regime oder das Militär mit einer Vorhut. Dann ist man aber im wirklichen Kern jedes Krieges: bei den Opfern. Ich weiß zwar nicht, was Friedensjournalismus ist. Ich weiß nur, dass Journalismus informieren soll. Für mich wäre Friedensjournalismus das Augenmerk auf jene zu legen, auf deren Rücken jeder Krieg geführt wird. Dazu muss man aber dort sein.

Das Gespräch in Schläining moderierte Wolfgang Maubach.

Buchtipps: **MENSCHEN ZWISCHEN DEN FRONTEN. Erlebnisse einer Kriegsberichterstatteerin.** Von Livia Klingl. NP Buchverlag St. Pölten 2002. 256 Seiten, geb., € 21,90